

# Predigt am 16.2.2025

Liebe Gemeinde,

„Für die christlichen Kirchen ist unsere Demokratie unverhandelbar“, heißt es in dem am Dienstag veröffentlichten Aufruf der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Kirsten Fehrs, dem Vorsitzenden der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing, sowie dem Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), Erzpriester Radu Constantin Miron.

Starke Worte. Mutige Worte, eigentlich untypisch für Gremien, die sich sonst oft nur auf einen kleinen gemeinsamen Nenner einigen können und deren Verlautbarungen oft nur sehr allgemein gehalten sind.

„Für die christlichen Kirchen ist unsere Demokratie unverhandelbar.“ Ist das wirklich so? Zuerst müssen wir uns darüber verständigen, was man unter Demokratie versteht: Demokratie ist ja viel mehr als einmal in vier Jahren zur Wahl gehen dürfen.

Das Grundprinzip einer Demokratie ist die Volkssouveränität. Alle Macht geht vom Volk aus. Und diese äußert sich in

- Gewaltenteilung,
- Rechtsstaatsprinzip,
- Parlamentarismus
- Pressefreiheit,
- Recht auf Teilhabe inkl. bürgerlichem Engagement
- Achtung der Menschenrechte,
  - die universell,
  - allgemein gültig,
  - unveräußerlich,
  - unteilbar sind.

Gut, wenn das geklärt ist. können wir uns wieder der Grundthese widmen: „Für die christlichen Kirchen ist unsere Demokratie unverhandelbar.“ Ist das wirklich so? Wir schauen in die Bibel und Überspringen mal die Urgeschichte mit ihren mythisch anmutigen Erzählungen von der Erschaffung der Welt, Adam und Eva, Kain und Abel, Noah,... und beginnen mit:

- Abraham! Gut demokratisch gesinnt war er genausowenig wie Isaak und Jakob. Sie waren Patriarchen, autokratischen Familienoberhäupter, die ihre Herrschaft an ihre Söhne weiter gaben.
- Mit Josef wird es anders. Der zweitjüngste Sohn Jakobs brachte es zum Unterkönig.
- Weiter geht es mit Mose. Ihn können wir als einen charismatischen Herrscher bezeichnen, der, und das darf nicht übersehen werden, auf Anraten Gottes 70 Helfer\*innen, nein Helfer sich zu Seite stellte, weil er es alleine nicht mehr konnte und er kurz vor dem burn out war. Diese Leitungsform würden wir heute Oligarchie nennen.
- Nach der Besetzung Kanaans herrschten für eine gewisse Zeit bestimmte Heerführer, Richter genannt, teilweise von Gott ernannt oder von den Stämmen gewählt. Von Gewaltenteilung konnte noch nicht die Rede sein.
- Danach war die vorherrschende Staatsform das Königtum, beginnend mit den Königen Saul, David, Salomo und weitere gut 40 Könige,
- bis ganz Israel unter fremden Herrschern unterdrückt leben musste: Babylonier, Perser, Griechen, Römer,
- kurz unterbrochen von der Zeit der Makkabäer, heute würde man sie wahrscheinlich als Widerstandskämpfer bezeichnen, die aber auch keine demokratischen Strukturen vermuten lassen.

Gehen wir ins Neue Testament:

- Jesus, Gottes Sohn, war ein charismatischer Führer, der einige Getreuen, die 12 Jünger und einen erweiterter Jünger\*innenkreis um sich sammelte. Also auch wieder so etwas wie eine Oligarchie.
- Allenfalls die Urgemeinde hatte Ansätze von Demokratie. Es musste ein Nachfolger für den Verräter Judas benannt werden. Eine Versammlung von 120 Menschen wählten zwei Personen aus, die im 12 köpfigen Gremium tätig sein sollten. Josef, der den Beinamen Barsabas und Matthias. Das Los fiel auf Matthias.
- Dann gab es aber auch Konzilien, Synoden, die wichtige Streitpunkte mehrheitlich entschieden. Ob Angehörige anderer Volksgruppen also den Juden sich zuerst beschneiden lassen müssten, wenn sie Christen werden wollten. Nein, müssen sie nicht, wurde auf dem Apostelkonvent mehrheitlich entschieden.

„Für die christlichen Kirchen ist unsere Demokratie unverhandelbar.“ In der Bibel lesen wir im jüdisch-christlichen Kontext nur rudimentär etwas von demokratischen Wahlen, aber nichts von Gewaltenteilung, Teilhabe, Pressefreiheit, Menschenrechten und Recht auf bürgerlichem Engagement.

Verfolgen wir anschließend die Rolle der Kirchen im Laufe den folgenden zwei Jahrtausenden, haben sie nur selten sich für Freiheit und Demokratie eingesetzt. Macht und Ordnung war ihnen oft wichtiger als Menschenwürde, Gleichheit, Freiheit.

- In der Reformation wäre die Gelegenheit günstig gewesen, sich auf die Seite des Volkes zu schlagen. Mit den Freiheitspredigten hatte Martin Luther die Hoffnung im Volk genährt, dass sie mehr Rechte bekämen. In einer seiner bedeutendsten Schriften „Vom Priestertum aller Gläubigen“ schrieb er: „Das Volk und die Niedrigen von Geburt sollen mit obenan sitzen und beim Regieren helfen!“ Wow, revolutionär. Dem stehen bei dem Wittenberger Reformator ordnungstheologische Gedanken entgegen: die bedingungslose Unterordnung des Volkes unter die von Gott eingesetzte Obrigkeit.
- Im Bauernkrieg wurde dies deutlich: Vor genau 500 Jahren, im Jahr 1525, zerschlugen sich die Hoffnungen der Bauern und einfachen Leute, dass Luther sich im Kampf gegen die Aristokraten auf ihre Seite schlagen. Das tat er nicht. Im Gegenteil. Er ermunterte die Machthabe hart durchzugreifen. Aus unserer Sicht heute eine großer Fehler, der viel Blutvergießen nach sich zog. An diese Zeit wird in diesem Jahr gerade im Allgäu gedacht, besonders in Memmingen, Sonthofen und Kempten, aber auch bei uns.
- In den reformatorischen Kirchen von Zwingli und Calvin war das übrigens anders. Dort war klar: Die Herrscher sind auf die Legitimation des Volkes angewiesen. Das Volk hat ein Recht auf Widerstand. Am stärksten wurden übrigens im Puritanismus wie bei den Baptisten, Quäkern und Seekern das demokratische Prinzip gelebt, was in den oft belächelten amerikanischen Siedlerkolonien offensichtlich bis heute erlebbar ist.

In einem Punkt hatte Luther zweifelsfrei große Verdienst als Wegbereiter der Demokratien: In seinem Bildungsverständnis. Er setzte sich dafür ein, dass jeder und jede Lesen und Schreiben lernen kann. Jeder, jede sollte in die Lage versetzt werden, sich ein eigenes Urteil über biblische Aussagen machen zu können und damit gleichzeitig auch über gesellschaftliche und soziale Themen, was bis heute ja eine Voraussetzung der Demokratie ist. (Und gerade dieses so wichtige Faktum für Demokratie ist durch die leichte Möglichkeit, Fake News zu verbreiten, im höchsten Maße gefährdet. )

- In den folgenden Jahrhunderten gab es eine sehr enge Symbiose besonders der Lutheraner mit den jeweiligen Machthabern, man könnte es fast als Staatskirchentum bezeichnen. Die lutherischen Kirchen waren in hohem Maße vom Gottesgnadentum der Monarchen abhängig. Demokratisch gesinnt waren die meisten lutherischen Kirchen nicht...
- wobei sich innerhalb der lutherischen Kirchen mit Kirchenvorstand und Synoden demokratisches Denken durchsetzte, aber auch erst ab der Mitte des 19. Jahrhunderts.
- Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts opponierten namhafte Theologen gegen demokratische Bestrebungen in Deutschland.
- Und auch nach dem Krieg taten sich die Kirchen lange schwer mit den demokratischen Strukturen der Bundesrepublik.

- Erst in jüngster Zeit kann man sagen, dass sich die Kirchen zur Demokratie als Ordnung politischer Herrschaft bekennen. Und auch innerhalb der katholischen Kirche ist der synodale Weg in Deutschland zumindest auf dem Vormarsch.

„Für die christlichen Kirchen ist unsere Demokratie unverhandelbar.“ Wie kann man das so vollmundig verlautbaren, wenn Demokratie im biblischen Zeugnis über 2000 Jahre eine genauso marginale Rolle gespielt hat wie 1950 Jahren in der Kirchengeschichte?

Eine differenzierte Antwort auf diese Frage im Internet, in Zeitschriften und Büchern zu finden, ist gar nicht so leicht, obwohl vieles veröffentlicht wurde, das meiste aber eher in meinen Augen plakativ. Ich habe dann doch eine Antwort für mich gefunden und zwei weitere, die ich eigentlich gar nicht gesucht hatte.

Der Ausgangspunkt: Jeder Glaube steht für bestimmte Werte. Nehmen wir unter den Religionsgemeinschaften einmal das Christentum heraus: Für welche Werte steht das Christentum? Wir haben bei den Demokratietagen letzte und vorletzte Woche die Besucher\*innen gefragt: Welche Werte leiten euch in eurem Leben? Wir hatten Wertevorschläge gemacht, aber man konnte auch frei assoziieren. Es kamen nicht nur Gemeindemitglieder an den Stand, aber unsere Gemeindemitglieder haben wir besonders ermutigt, an der Onlineumfrage teilzunehmen. Hier nun die Ergebnisse:

Ganz vorne: Gerechtigkeit, dann Nächstenliebe, Toleranz, Freiheit, Solidarität, Hilfsbereitschaft, Gleichberechtigung, Ehrlichkeit, Respekt, Anstand, Barmherzigkeit, Zuversicht, Mitgefühl, Zivilcourage, Wertschätzung, Mitmenschlichkeit. Wohlstand und Sicherheit war übrigens nicht dabei.

Diese Werte lassen sich alle von der Bibel ableiten. Die Frage ist nun: Welche Staatsform kann nun garantieren, dass diese Werte gelebt werden können? Und welche Staatsform gibt den Freiraum, Werte zu verändern, sie weiter zu entwickeln, zu modifizieren, anzupassen, je nach Kultur und Zeit und als Gesetz niederzuschreiben?

Ein demokratischer Staat kann, so meine These, diese Werte am dauerhaftesten garantieren. Natürlich könnte das auch eine Monarchie oder Oligarchie. Aber wer garantiert, dass nach einem christlich gesonnenen König sein Nachfolger, seine Nachfolgerin nicht das Prinzip: „Der Mächtigste, der Reichste, der Einflussreichste bestimmt!“, umsetzt. In einer Demokratie ist das schon gewährleistet. Und daher müssten sich auch die Kirchen für Demokratie einsetzen. Ob ich das so ausdrücken würde: „Für die christlichen Kirchen ist unsere Demokratie unverhandelbar.“ Ich weiß nicht.

Hier wollte ich eigentlich schließen. Eine ehemalige Konfirmandin, der ich so meine Ideen zur Predigt am Rande erzählte, machte mich darauf aufmerksam, dass auch eine Demokratie Kirchen braucht. Sie erzählte mir, dass sie im Religionsunterricht von Martin Kugler das Böckenförde Diktum lernen musste. Ihr haben Sie es also zu verdanken, dass meine Predigt noch drei weitere hochaktuelle Punkte beinhaltet und weitere sieben Minuten dauert und wir uns Gedanken machen, warum Demokratie Kirche braucht.

Das Böckenförde Diktum sagt, mit meinen Worten ausgedrückt: Der Staat garantiert grundsätzlich Freiheit. Die Freiheit muss in einem Staat aber eingegrenzt werden, dass andere auch leben können. Aber welche Grenzen müssen wo gezogen werden? Diese Grenze kann der Staat sich nicht selbst geben. Die Grenzen resultieren vielmehr aus den Werten der Gesellschaft. Gesetze werden gemacht, weil sich Werte entwickelt, verändert haben. Ohne Werte, ohne Moral müsste der Staat grenzenlose Freiheit gewähren. Und Wertvermittlung traut man besonders den Kirchen (immer noch) zu. Interessant oder?

In meiner weiteren Recherche bin ich noch auf einen weiteren Gedanken gestoßen, der bestärken soll, welche wichtige Rolle die Kirchen für die Demokratie spielen: Demokratie bedürfe eines hörendes Herzens, hat Hartmut Rose gesagt. Insbesondere die Kirchen verfügten über Riten und Praktiken, Räume, in denen ein hörendes Herz eingeübt und womöglich erfahren wird.

Er meinte damit: Jede Demokratie geht davon aus, dass getroffene Entscheidungen nie eine alleinige Wahrheit für sich beanspruchen können, sondern allenfalls die wahrscheinlich beste Lösung; und das wiederum auch nur zu diesem Zeitpunkt, bis eine andere Entscheidung getroffen ist. Neben der eigenen

Meinung sind auch andere Meinungen möglich, ja erlaubt, erwünscht, ja nötig. In einer Demokratie darf Meinungsvielfalt nicht als Bedrohung, sondern muss als Voraussetzung für die Realisierung demokratischer Entscheidungsprozessen betrachtet werden. Ambiguitätstoleranz nennt man es mit einem Fachausdruck. Ich musste auch nachschlagen. Also: Solange Parteien zu dieser grundsätzlichen Meinungsvielfalt stehen, ist grundsätzlich alles wunderbar.

Die Kirche brächten in diesem Prozess ein hohes Maß an Kompetenz mit. Denn die Kirchen praktizierten schon die Ambiguitätstoleranz, denn die Beschäftigung mit dem Glauben an eine Transzendenz, also den Glauben an etwas Höheres, das das Verstehen übersteigert, könne man sich auch nur im Dialog annähern. In Gespräche über Gott bestärke man sich, stelle sich in Frage, ringe man gemeinsam um Wahrheit, die morgen schon wieder überholt sein könne und vor allem, die nie eine allgemein ewig gültige Wahrheit haben könne. Ein Rest an Vagheit (Ungewissheit?), Mehrdeutigkeit, Unbestimmtheit bliebe. Genau diese Kunst des Diskurses brauche man in der Demokratie.

Zum anderen hätte Glaubensvermittlung viel mit Kommunikation zu tun. Die biblischen, religiösen Zeugnisse hätten ein hohes Maß an Mehrdeutigkeit. Es würde aber auch gesehen: Die menschlichen Lebens- und Glaubenserfahrungen seien vielfältig. Religionen würden global denken, überlegten, welche Botschaften in welcher Situation für welchen Menschen nötig sind. Und diese Grundfähigkeiten, die in den Kirchen zu finden seien, bräuchte man in einer Demokratie.

(So absolut stimmt es auch nicht. In fundamentalistischen Glaubenskreisen, z.B. in Amerika oder auch in islamischen Ländern, geht es ja nicht um Mehrdeutigkeit im Glauben, sondern Eindeutigkeit, um absolute Wahrheit, um Geschichtsverneinung und Reinheitsstreben. So kann man womöglich sagen, dass Fundamentalismus nicht nur religionsgefährdend, sondern auch demokratiegefährdend ist.)

Solange Parteien zu dieser grundsätzlichen Meinungsvielfalt stehen, ist grundsätzlich alles wunderbar, habe ich vorhin gesagt. Aber welche Grenzen gibt es? Hier kann auch der christliche Glaube klare Einschränkungen geben: Nur solange die Würde des anderen nicht verletzt wird: nur solange keine Ausgrenzung, Herabwürdigung, Diskriminierung, Unwahrheiten verbreitet werden. Die Erklärung findet sich in der Schöpfungsgeschichte: Gott schuf den Menschen, also alle Menschen nach seinem Ebenbild. So ist Demokratie nicht einfach eine Frage von Mehrheiten, sondern auch von Menschenwürde, von Minderheitenschutz und der Verantwortung für den Zusammenhalt in einer Gesellschaft.

Noch ein dritter Grund, warum Demokratie Kirche braucht. Der Vorsitzende des Weltkirchenrates, Heinrich Bedford-Strohm, betonte in dieser Woche: "Kirchen haben nicht die Aufgabe, den politisch Verantwortlichen nach dem Munde zu reden. Sie würden damit die Sache, für die sie stehen, im Kern verraten. Die Rechte der Kirchen gar von ihrem Wohlverhalten gegenüber denen abhängig machen zu wollen, die die politische Macht haben, wäre geradezu absurd. Aus meiner Arbeit im Weltkirchenrat kenne ich solche Haltungen aus autokratisch regierten Ländern. In Demokratien haben sie keinen Platz. Gesellschaft braucht Kirchen, die sich öffentlich zu Wort melden. Eine demokratische Gesellschaft braucht Kirchen, die sich öffentlich zu Wort melden, die sich besonders für die Schwachen und Verletzlichen einsetzen und die sich genau durch das Aussprechen von Wahrheiten, auch unbequemen Wahrheiten, am gesellschaftlichen Diskurs beteiligen und so zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen."

Kirche braucht Demokratie und Demokratie braucht Kirche. Es ist ein gegenseitiges Nehmen und Geben. Wenn Politiker\*innen, behaupten, dass Kirche von der Gnade der Politik abhängig sei, ist das in einer Demokratie natürlich erlaubt zu sagen. Die Ambiguitätstoleranz erlaubt mir aber zu sagen: Es ist ziemlich sicher anders.

Amen

Jost Herrmann, Kaufbeuren

## Noch zur Information

Der bayerische Staat zahlt keine Pfarrer- und Pfarrerrinnengehälter, lediglich die Gehälter der bisher sechs, künftig fünf Regionalbischöfe und des Landesbischofs. Die 2500 Pfarrer\*innen und Pfarrer der Landeskirche werden von Kirchenmitgliedern über die Kirchensteuermittel bezahlt.

Wer anderes behauptet ist entweder nicht im Detail informiert, oder ist im Wahlkampfmodus. Aber ich denke, auch dann darf man nicht mit Halbwahrheiten Politik machen. Mit der Ambiguitätstoleranz in einer Demokratie ist das nicht gedeckt

Apropos Kirchensteuer: Es stimmt, dass der Staat bei der Erhebung der Kirchensteuer unterstützt. Er teilt mit, wie viel Frau Müller Steuern zahlen muss. Diese Auskunft lässt der Staat sich aber auch einiges kosten. Die bayerische Landeskirche zahlt für die relativ kleine Dienstleistung an den Freistaat Bayern jedes Jahr 15 Millionen. Es ist also eine Dienstleistung, eine win-win Situation.